



# Solidarität

## unsere Chance

Gewerkschafter:innen  
gegen Atomenergie und Krieg  
ggae@gmx.at \* atomgegner.at

ÖSTERREICHISCHES  
SOLIDARITÄTSKOMITEE  
Plattform pro Sozialversicherung  
oesolkom@gmx.at \* prosv.at

Nummer 3

\*

solidaritaet@gmx.at

\*

Juni 2026

## Völkermord im Westjordanland

# Der Weg Israels zum Großreich

Nach dem Völkermord in Gaza, riesiger Zerstörung samt Vertreibung von einer Million Menschen und Tötung von ca. 3.000 Menschen im Libanon, kommt es seit Februar durch Israel zunehmend zu massiven Angriffen, Vertreibung und Ermordung von Palästinensern im Westjordanland.

Der israelischen Zeitung Haaretz wurde folgender Lagebericht eines israelischen Militärs zugespielt: Der israelische Kommandant für die Palästinensergebiete im Westjordanland fasste das Vorgehen seiner Truppen dort in einem Satz zusammen: „Wir töten, wie wir seit 1967 nicht mehr getötet haben“. In diesem Krieg hatte Israel das Westjordanland erobert.

Und Tamir Prado, von 2010 bis 2015 Direktor des israelischen Auslandsgeheimdienstes Mossad, der im April 2026 einige palästinensische Dörfer im Westjordanland, die in den letzten Monaten von Siedlern angegriffen wurden, bereiste, sagte u.a.: „Meine Mutter hat den Holocaust überlebt, und was ich gesehen habe, erinnerte mich an die Ereignisse, die im letzten Jahrhundert an den Juden verübt wurden“.... „Was ich heute gesehen habe, hat mich beschämt, jüdisch zu sein“. (Chanel 13 - israelischer Fernsehkanal. Zitiert aus: „Times of Israel“, online, 28.4.26, Minute 12:26).

Fortsetzung Seite 2

## Die Lüge von der Schutzfunktion von Sky-Shield

### Warum Raketen-Abschussrampen in Österreich?

#### Der NATO-Deutschland-Sky-Shield bedroht Österreich.

Sky-Shield ist ein von NATO-Deutschland gestartetes Raketen-Abschussystem. Österreichs Regierung will ebenfalls ein Sky-Shield-System kaufen. Der Krieg von USA und Israel gegen den Iran zeigt, wer Abschussraketen hat, macht sich zum Angriffsziel. Das ist völlig unvereinbar mit unserer Neutralität. **Was uns schützen kann ist die immerwährende Neutralität Österreichs und eine aktive Neutralitätspolitik. 80% bis 90% der Österreicher:innen sind für die Beibehaltung der Neutralität! Ja zur immerwährenden Neutralität – Nein zu Sky-Shield! Nein zu jeglicher Teilnahme an der NATO/EU-Kriegsausrüstung**

## Podiumsdiskussion

DI Mag. Günther Greindl (General i.R., ehem. Leiter von UN-Missionen)

Dr. Gabriele Matzner (Botschafterin a.D.)

Dr. Michael Kösten (Gewerkschafter:innen gegen Atomenergie und Krieg, GGAE)

Moderation: Mag. Heidemarie Tschida (GGAE)

**Dienstag, 23. Juni 2026, Beginn 18:00 Uhr**

Ort: Otto-Mauer-Zentrum, Mezzanin, Währinger Straße 2-4, 1090 Wien.



Um Anmeldung wird gebeten: [ggae@gmx.at](mailto:ggae@gmx.at)



## Völkermord im Westjordanland

### Der Weg Israels zum Großreich

Lebten 1999 ca. 200.000 Israelische Einwohner im Westjordanland, so sind es heute ca. 900.000 Israelis, ca. 2,8 Millionen Palästinenser leben im Westjordanland.

Im Westjordanland kommt es nahezu täglich zu Angriffen von Siedlern, die sich während des Krieges mit dem Iran, der am 28. Februar begann und am 8. April mit einem Waffenstillstand endete, noch verstärkt wurden. In diesem Zeitraum verzeichnete die linke Menschenrechtsorganisation Yesh Din 378 Fälle von Siedlergewalt gegen Palästinenser und deren Eigentum im Westjordanland. Acht Palästinenser wurden erschossen, 200 weitere wurden verletzt, teilte die Organisation mit. Extremistische Siedler, manchmal in Gruppen, wurden dabei gefilmt, wie sie Palästinenser angriffen, Autos in Brand setzten und Eigentum beschädigten.

Israel hat seit seiner Gründung das Ziel, sich das ganze Land der Palästinenser anzueignen, diese zu vertreiben bzw. zu töten und ein „Groß-Israel“ zu errichten.

Im November 2024 sagte der dzt. Finanzminister Bezale Smotrich in einer Rede während eines Treffens des Yesharats der Siedler, dass Israel die Auswanderung von 2,2 Millionen Palästinensern aus Gaza „fördern“ solle und hinzugefügt, dass eine derart massive Vertreibung „einen Präzedenzfall“ für das Westjordanland schaffen würde.

Am 8. Februar 2026 hat die Regierung nun einen neuen Erlass beschlossen, der zur politischen und sicherheitspolitischen Annexion des Westjordanlands und Jerusalems führt. Bisher durfte Israel als Besatzungsmacht gemäß der Osloer Verträge nur im Gebiet C z.B. unter dem Vorwand Umwelt- oder Wasserressourcen zu schützen, Abriss- oder Baustoppverfügungen erlassen, nunmehr kann Israel auch in den Gebieten A und B, die 40 Prozent des Westjordanlands ausmachen und gemäß dem Osloer Abkommen der palästinensischen Zivilverwaltung unterstehen, zu Gunsten der Siedler schalten und walten. Das Sprengen von Häusern, die Vertreibung der Palästinenser bzw. ihre Ermordung ist schon Alltag im Westjordanland. Die Siedler haben freie Hand, ja viel mehr handelt die israelische Armee nicht nur als Schutzmacht der Siedler sondern als aktive militärische Unterstützung des „Feldzugs“ der Siedler. Nicht zufällig sind auch in den Abteilungen der israelischen Armee, die die Siedler im Westjordanland unterstützt, viele Soldaten, die auch Siedler sind, die aus dem Westjordanland stammen und dort auch ihren Militärdienst absolvieren.

Im Übrigen vertreten seit der Staatsgründung Israels verschiedene seiner Politiker das Ziel eines Groß-Israel, d.h. inklusive Westjordanland und Transjordanien. Auch Premier Benjamin Netanjahu will das. Bei einem Interview 2025 fragte ihn der TV-Moderator Sharon Gal auf I24 news, ob er sich mit der Vision eines „Großisrael“ identifiziere, ohne zu zögern: „Sehr sogar.“

---

## Österreichs Umwelt- und Klimaziele:

### Was die OECD beanstandet

Die Österreich-Prüfung durch die OECD\* im Hinblick auf die Erfüllung der eigenen Umwelt- und Klimaziele und der internationalen Verpflichtungen ergab für Österreich zwar eine gute Ausgangsbasis, aber die Umsetzung der Klimaziele insgesamt versagt infolge der politischen Strukturen.

Die OECD lobt zwar, dass Österreich 2024 86% seines Stromes aus erneuerbaren Energiequellen erzeugt und den höchsten Anteil an ökologisch bewirtschafteten Agrarflächen (Bio-Landwirtschaft) in der OECD mit 27 % aufweist sowie am besten recycelt (60%). Aber: Trotzdem sind die österreichischen Klimaziele laut OECD unerreichbar!

Um das verbindliche EU-Klimaziel für 2030 (minus 48 % Treibhausgase im Vergleich zu 2005) zu erreichen, müssen die Treibhausgasemissionen ab sofort mehr als doppelt so schnell sinken als in den vergangenen sechs Jahren. Mit den aktuellen und geplanten Maßnahmen ist das nicht möglich. Besonders kritisch bewertet der Bericht, dass einige der im nationalen Energie- und Klimaplan (NEKP) vorgesehenen Maßnahmen im Zuge der Budgetkonsolidierung gestrichen oder gekürzt wurden.

**Problemzone Verkehr:** Dieser ist für 29% der heimischen Emissionen verantwortlich. Österreich hat eine hohe Pkw-Dichte, begünstigt durch steuerliche Anreize für Firmenwagen und eine Pendlerpauschale, die im Budget 2025/26 trotz der als notwendig bezeichneten Sparmaßnahmen sogar ausgeweitet wurden anstatt das Öffi-

Netz auch im ländlichen Bereich massiv auszubauen, um damit den Individualverkehr angesichts der drohenden Klimaverschlechterung stark zu beschränken.

Die OECD beklagt zum Beispiel auch die Nutzlosigkeit der österreichischen Regierungsvorgaben für den Flächenverbrauch (derzeit 6,5 Hektar pro Tag). Das Ziel wäre aber bis 2030 2,6 Hektar. Der vom Bund vorgegebene Flächenverbrauch wird von den Ländern einfach ignoriert, weil es keine strengen Gesetze gibt, die die Nichteinhaltung der geforderten Ziele verfolgen.

Die Kurzsichtigkeit der Verantwortlichen ist erschreckend: Ungehindert der rasant fortschreitenden Klimaverschlechterung werden nach wie vor Milliarden in die Wirtschaft alter Form und in den Waffenankauf gepumpt, anstatt den CO<sub>2</sub>-Ausstoß durch Einschränkungen drastisch zu verringern, indem dafür wesentlich mehr Mittel investiert werden.

Angesichts der Tatsache, dass der Mai 2026 der bisher heißeste der Messgeschichte war, muss leider befürchtet werden, dass die Herrschenden die Klimaziele, wenn es um ihre Profite geht, nicht ernst nehmen. Schon 2022 wurde festgestellt, dass die heißesten 18 Jahre der Messgeschichte sich in den letzten 25 Jahren, also seit der Jahrtausendwende, ereigneten. Es ist sinnlos, darüber zu reden, wie man in 20 oder 30 Jahren ein angenehmes Klima erreichen kann/wird, es muss sofort gehandelt werden, denn selbst wenn wir das tun, dauert es mindestens 50 Jahre, bis das Klima einreguliert werden kann!

*Quelle: KURIER; \* OECD= Organization for Economic Co-operation and Development = Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung)*

# Entzug von der fossilen Droge

COP30 (Anzahl der seit 1995 durchgeführten Klimakonferenzen) im brasilianischen Belem war eine Pleite. Der vorgeschlagene Ausstieg aus der Verwendung fossiler Brennstoffe als Voraussetzung für den dringend notwendigen Klimaschutz, der in Belem beschlossen werden sollte, wurde von einigen „Petrostaaten“ verhindert.

Frustriert kündigten am Ende des Treffens in Belem daher zwei Länder etwas Neues an: Kolumbien und die Niederlande luden alle Willigen zur ersten Regierungskonferenz ein, in der es um nichts anders gehen sollte, als um den Ausstieg aus den fossilen Brennstoffen. Die Konferenz wurde für Ende April 2026 nach Santa Marta in Kolumbien einberufen. An die 60 Staaten hatten die Teilnahme zugesagt. Auch Österreich war dabei!

Statt eines positiven Echos, dass endlich etwas in Richtung Klimaschutz passiert, wurde diese neue Klimaveranstaltung in den Medien diffamiert, indem sie mit einer Gruppe von Junkies verglichen wurde, die verzweifelt überlegt, wie sie einen Entzug organisieren könnte. Der Vergleich verwundert nicht, vertreten die Medien doch die Konzerne, die einen Ausstieg aus der Verwendung fossiler Energie ablehnen.

Beim Ausstiegsgipfel in Santa Marta sollte es darum gehen, Wissen und Technik zu teilen, sowie Regeln und Rahmen für internationale Kooperation zu schaffen. Neben Regierungen nahmen auch Vertreterinnen und Vertreter von Kommunen, Regionen, der Zivilgesellschaft und indigener Gruppen teil. Stark waren die Länder des Globalen Südens vertreten, vor allem aus Lateinamerika und dem Pazifik.

Eine historisch gewaltige Aufgabe, wie soll das gelingen? Etwa so: Fossile Subventionen streichen, keine neue Verbrennungsinfrastruktur mehr bauen, Benachteiligung erneuerbarer Energieträger beenden usw.

Die Behauptung der Anhänger der fossilen Wirtschaft, dass wir ohne Öl und Gas einfach nicht auskommen können, mag für den Augenblick noch stimmen, keinesfalls aber für die Zukunft und es muss Schritt für Schritt angegangen werden.

Unter den 1.500 Menschen die nach Santa Marta kamen, waren auch viele Aktivist:innen. Einige von ihnen haben während der Konferenz den Eingang zum Kohlehafen der Firma „Drummond“ blockiert. Kolumbien ist immer noch ein wichtiger Kohlestaat, auch wenn Gustavo Petro, Kolumbiens erster linker Präsident, international als Klimakämpfer gilt, weil seine Regierung den Ausbau der Fossilen im Land stoppen will.

Beteiligt an der Blockade des Kohlehafens von Santa Marta war auch eine mexikanische Aktivistin, Xananine

**was ist los in den  
köpfen der mächtigen  
ich sehe dort nur tod  
und verderben bomben  
und drohnen kein  
erbarmen milliarden  
verschleudertes geld  
hart erarbeitet von dir  
und mir besserer ver-  
wendung entzogen  
kriegslüsterheit in  
hohem maß waffen  
waffen und kein mitleid  
liebäugeln mit dem  
weltuntergang kein  
friede ist dort zu finden  
in den mächtigen köp-  
fen achtsamkeit mitleid  
sehnsucht nach frieden  
freiheit freundschaft  
aufbau zukunft abge-  
lehnt aus dem be-  
wusstsein gestrichen  
in der lade der vergan-  
genheit und des verges-  
sens für immer einge-  
schlossen eine welt  
ohne leben nur mehr  
starrheit leblosigkeit  
sturheit niedertracht  
missachtung ein ende  
der zivilisation nein nicht  
mit uns wir leben noch  
und lassen uns dieses  
leben nicht nehmen wir  
stehen auf gegen den  
untergang mit der kraft  
unserer solidarität**

Calvillo, die betont, dass diese Konferenz gut und wichtig ist, um die Mächtigen zu kontrollieren. Calvillo meint aber, dass es nicht genügt, dass die Teilnehmer an der Konferenz sich als Avantgarde feiern. „Das Problem sind nicht nur die fossilen Brennstoffe. Das ausbeuterische System, das Gewinne über Leben stellt, endet nicht bei den fossilen Brennstoffen.“ Calvillo befürchtet, dass der Ausstieg aus fossilen Brennstoffen deswegen so interessant sei, weil so viele Investoren in grüne Energie einsteigen wollten. „Doch grüner Kapitalismus bleibt Kapitalismus“, meint sie. „Und: Kapitalismus hinterlasse immer Opfer!“ Dennoch kämpft Calvillo auch für das Abkommen zum Ausstieg aus den fossilen Energieträgern. Denn die Rechnung könnte ganz einfach sein: Das Verbrennen von Kohle, Öl und Erdgas erhitzt die Erde, deswegen müssen wir damit aufhören.

Ralph Regenvanu, Minister aus Vanuatu (Souveräner Inselstaat im Südpazifik, 80 Inseln umfassend auf einer Distanz von 1.300 km) berichtet über die Veränderungen in seinem Staat, die durch das veränderte Klima Teile des Staates unbewohnbar machen werden.

Regenvanu vertritt die Ansicht, dass es notwendig ist, nicht mehr nur zu diskutieren, sondern verbindliche Regeln zu erstellen, internationale Abkommen zu schaffen, die einklagbar sind. Also ein *fossil fuel treaty*, einen international verbindlichen Vertrag über das Nichtverbreiten und Nichtverbrennen fossiler Brennstoffe. Mit diesem Instrument könnte der Ausstieg global festgemacht und koordiniert werden. Und es wäre möglich, gegen Verstöße zu klagen.

Ein so großer Zusammenschluss wie in Santa Marta würde einen solchen Vertrag ermöglichen, weil die nicht an der Konferenz beteiligten „Petrostaaten“ einem solchen Vertrag kein Veto in den Weg legen könnten. Allein schon deswegen, weil ein solcher Vertrag, der von den zahlreichen Staaten, die in Santa Marta vertreten waren, unterzeichnet wäre, ein entsprechendes „Gewicht“ im internationalen Gefüge haben würde.

Beim Abschluss der Konferenz wurde angekündigt, dass das nächste Treffen in einem Jahr im pazifischen Inselstaat Tuvalu gemeinsam von Tuvalu und Irland ausgerichtet wird.

Weiters wurden drei Arbeitsgruppen eingerichtet:

Die erste Arbeitsgruppe wird sich auf die Entwicklung nationaler und regionaler Roadmaps (Ablaufpläne, Projektpläne) zum Ausstieg von fossilen Brennstoffen konzentrieren. Diese Roadmaps sollen in Übereinstimmung mit den nationalen Klimazielen der Länder der UN-Klimakonferenz verbunden sein.

Die zweite Arbeitsgruppe wird sich auf die Änderung des Finanzsystems konzentrieren, um generell den Übergang von fossilen Brennstoffen auf klimafreundliche Energiegewinnung zu schaffen. Die Gruppe wird vom Thinktank des International Institute for Sustainable Development (nachhaltige Entwicklung) unterstützt.

Auch außerhalb der teilnehmenden Länder soll dazu eingeladen werden, sich an den Zielen der zweiten Arbeitsgruppe zu beteiligen.

Die dritte Arbeitsgruppe wird sich mit Handelssystemen auf Basis fossiler Brennstoffe befassen. Das Ziel dieser Gruppe ist es, Fortschritte auf dem Weg zu einem fossilsicheren Handelssystem voranzutreiben. Diese Arbeitsgruppe wird von der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) unterstützt.

Ein Bericht der Konferenz von Santa Marta wird an die COP30-Präsidentschaft ergehen, die derzeit einen globalen Fahrplan für fossile Brennstoffe vorbereitet. Dieser soll dann auf der COP31 die vom 9. bis 20. November dieses Jahres im türkischen Antalya tagt, vorgestellt werden.

Bleibt zu hoffen, dass die zur Konferenz in Santa Marta nicht eingeladenen „fossilen Verbrenner“ USA, China und die Golfstaaten, die bisher eine Veränderung im Hinblick auf einen Ausstieg aus Kohle, Öl und Gas abgelehnt haben, sich durch die drängenden Umstände der Gegenwart erweichen lassen. Und: Wie verhalten sich die Unternehmen, deren Einnahmen auf fossilen Brennstoffen basieren?

Möglicherweise baut sich aber jetzt durch die zahlreichen kriegerischen Konflikte für die „Verbrenner“ ein Druck auf, wie der niederländische Klimaminister Stientje van Veldhoven am Beginn in Santa Marta betonte: „Wir müssen unsere Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen beenden, nicht nur, weil es gut für das Klima ist, sondern weil es unsere Energiesicherheit stärkt. Investitionen in saubere Energie bilden auch die Grundlage für eine widerstandsfähigere und nachhaltigere Wirtschaft, die in der Lage ist, Schockwellen wie die derzeitigen zu vermeiden oder zu mildern.“

Enttäuschend für uns in Österreich ist, dass trotz der Teilnahme einer österreichischen Delegation in Santa Marta keinerlei Berichte mit den dringenden Konsequenzen für unser Land in den Medien erschienen sind. Uns fehlen die aufrichtigen Maßnahmen für einen Ausstieg aus Kohle, Öl und Gas von Österreich.

Quellen: DIE ZEIT, Meteored, Der Standard, oekonews.at, taz, Stern

**„Österreich hat sich bereits um etwa 3,1 Grad Celsius gegenüber der vorindustriellen Zeit erwärmt – deutlich mehr als der globale Durchschnitt. Ein weiteres enormes Plus würde viele heutige Klima- und Lebensbedingungen grundlegend verschieben“,** so Marc Olefs, Leiter des Departments Klima-Folgenforschung bei der Geosphere Austria (früher ZAMG). Das beutet mehr Hitzetage, Tropennächte, längere Trockenphasen, Starkregenereignisse, mehr lokale Überflutungen, Muren, stärkere Belastung in Städten, höhere Gesundheitsrisiken, Schäden an Infrastruktur ... (Quelle: zit. nach Krone Bunt, 31.5.20326).

# Zum Krieg der USA gegen den Iran

**Momentan herrscht offiziell „Waffenstillstand“, der aber gleichzeitig von den gegen den Iran Krieg führenden USA ständig gebrochen wird. Als Grund für das bisherige Nichtzustandekommen eines Waffenstillstandes nennen die USA, dass der Iran weiter an seinem Atomprogramm festhalte.**

Laut USA darf der Iran keine Atombombe besitzen, weil das eine Gefahr für die Welt sei. Fakt ist, dass der Iran keine Atombombe anstrebte, 2015 ein Atomabkommen mit den USA und IAEA und Kontrollen abschloss. Doch nicht der Iran, sondern USA-Trump kündigte 2016 das Atomabkommen mit dem Iran auf.

## Wer bedroht atomar die Welt?

Derzeit gibt es de facto neun Atombombenmächte. Die USA haben 5.180, Russland 5.460 Atomsprengköpfe, was 90% dieser Waffen ausmacht. China hat 600, Frankreich ca. 300, Großbritannien 225, Indien 180, Pakistan 170, Israel 90 (die letzten drei Länder jeweils durch die USA atomar hochgerüstet), Nordkorea 50 (1). Der Iran zählt nicht dazu.

**Deutschland** besitzt offiziell keine Atomwaffen. Jedoch haben die USA Atombomben in Deutschland (Büchel) stationiert. „Diese gehören zwar den USA, sind jedoch für die Kampffjets der Bundeswehr zertifiziert“ (2). Außerdem wollen Frankreich und Deutschland bezüglich eines Atomschirms kooperieren und hat Frankreich jüngst mit Norwegen ein Abkommen zum „atomaren Schutz“ geschlossen.

„Staaten wie Schweden, Südkorea oder Japan haben die Fähigkeit, Atomwaffen zu bauen“, weiß der „Kurier“ und sein Interviewpartner Serhii Plochy ergänzt: „Geschätzt haben 40 Staaten die Fähigkeit, in ein bis drei Jahren Atomwaffen zu entwickeln. Ehrlicherweise ist fast jedes zweite Mitglied der UNO dazu in der Lage“ (3)

Der Iran hat weder den Krieg begonnen noch Atomwaffen! Trotzdem wird bei uns in Politik und Medien so getan, als ob der Iran Krieg führen würde und nicht, dass die USA und Israel dem Iran den Krieg erklärten und das Land angegriffen haben und niederbomben. Viele Opfer kommen aus der Zivilbevölkerung.

Die USA und Israel behaupten, mit dem Krieg gegen den Iran die Bevölkerung zum Regimewechsel ermutigen zu wollen – was für eine Menschenverachtung! Selbst die brav die USA- und Israelpropaganda nachbetenden bürgerlichen Medienschreiberlinge müssen eingestehen, dass der Krieg nach zwei Monaten den USA bereits 50 Milliarden Dollar kostet und „dass das iranische Volk ...nicht von Israel und/oder USA befreit werden möchte“ (Kronen-Zeitung, 9.5.2026, Seite 9).

Zudem: Die weltweiten wirtschaftlichen Probleme sind nicht durch den Iran entstanden, der ließ bis zum USA-Krieg gegen den Iran alle Schiffe ohne Hindernisse die Straße von Hormus queren. Die weltweiten Probleme schaffen die USA, denn die USA sind es nun selbst, die die Straße von Hormus blockieren.

Das Ziel der USA ist nicht das in Wirklichkeit gar nicht existierende Atombombenprogramm. Die Gründe haben wir schon in unserer Soli-Zeitung Nr. 2/2026 im April (4) beschrieben: Die Supermacht USA haben seit 2001 im Nahen Osten sieben Länder im Visier: Irak, Syrien, Libanon, Libyen, Somalia, Sudan und eben den Iran. Für die USA ist der Iran u.a. als Staat mit den größten Erdgasvorkommen und den viertgrößten Erdölvorkommen der Welt ein attraktives Ziel. Außerdem wollen die USA seit dem Sturz des Schah 1979 das Land „zurück“ erobern bzw. bomben (ähnlich wie bei Venezuela oder bei Grönland oder gerade bei Kuba angedroht), um ihre militär- und kriegsstrategischen Ziele in der Konkurrenz zu Russland und China abzusichern.

Israel nutzt im Windschatten des USA-Krieges gegen den Iran „seinen“ Krieg gegen die Palästinenser (in Gaza und Westjordanland) sowie gegen den Libanon, was ohne Unterstützung der USA nicht möglich wäre, um ein Großisrael zu errichten (siehe Artikel auf Seite 1-2).

- (1) <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/36401/umfrage/anzahl-der-atomsprengkoepfe-weltweit>. Die Zahlen beruhen auf Schätzungen des Stockholmer Friedensforschungsinstituts SIPRI (<https://www.sipri.org>)
- (2) Kronen-Zeitung, 5.4.2026, Seite 32.
- (3) Kurier, 24.5.2026, Seite 9
- (4) <https://prosv.at/zeitungen>; [Soli-Ztg\\_Nr. 2, April 2026\\_HP](#)

---

## Deutschland: Neben der Kriegsaufrüstung folgt die „zivile Kriegstauglichkeit“

Das größte EU-Land, Deutschland, genauso wie Großbritannien und die EU insgesamt, nahm und nimmt vor allem den Ukrainekrieg und neuerdings den Krieg der USA gegen den Iran als Vorwand zur Aufrüstung und Kriegsplanung gegen Russland. Als nächsten Schritt gehen sie nun von der bereits mit hunderten Milliarden Euro finanzierten direkten militärischen Kriegs-Aufrüstung zur „zivilen“ Kriegs-Aufrüstung über. So hat im Mai Deutschlands Regierung den „**Pakt für zivilen Bevölkerungsschutz**“ beschlossen. Für diese Kriegstauglichmachung der Zivilbevölkerung sollen 10 Milliarden Euro allein bis 2029 fließen. Dass es da weniger um den Schutz der Bevölkerung als um die Verzahnung und Anbindung der zivilen Hilfsorganisationen an die militärischen Kriegspläne Deutschlands geht, wird gar nicht verheimlicht: „Insbesondere braucht es dabei eine noch stärkere Verzahnung zwischen der zivilen und der militärischen Planung“ (Punkt I.3 des Pakts). Wieviel es tatsächlich um Bevölkerungsschutz geht zeigt z.B. der Umstand, dass für die Fitmachung der Wasserversorgung bloß 150 Millionen Euro vorgesehen sind (Punkt II.5 des Pakts). (Quelle: Bundesanstalt Technisches Hilfswerk, [www.thw.de](http://www.thw.de))

## Frankreich: Macron ruft zur „demographischen Aufrüstung“ auf

Mehr Kinder braucht das Land, sagt der Staatschef. Die Frauen Frankreichs sollen ihre Eizellen einfrieren lassen. Die „Verantwortlichen“ gehen von einem Potenzial von 200.000 Tiefkühl-Eizellen aus. Kinder für neue Kriege brauchen die Kriegstreiber! (orf.at, 19.5.2026)

## Budget:

# Noch mehr Kürzungen bei der Bevölkerung – dafür Milliarden für Konzerne und Kriegs-Aufrüstung

Neuerdings gibt es offensichtlich nur mehr Doppelbudgets. Der Beschluss wurde von Oktober auf Juni vorgezogen. Immer sichtbarer wird warum. Die Regierung versprach, insbesondere der SPÖ-Teil mit Finanzminister Marterbauer an der Spitze, dass alle ihren Beitrag zum „Sparkurs“ leisten werden. Seit Mai werden wir tagtäglich in kleinen Happen mit den großen Grauslichkeiten konfrontiert. Es soll schnell gehen, sodass sich keiner mehr auskennen soll. „Speed kills“ war das viel zitierte Motto der ÖVP-FPÖ-Regierung von 2000 bis 2006 – und berechtigt viel kritisiert von SPÖ, ÖGB und AK. Jetzt macht es die ÖVP-SPÖ-NEOS-Regierung genauso. Während die rechtskonservative ÖVP und rechts-„liberalen“ Neos ihre Klientel, die Industrie, die Großbauern und das Militär mit Milliarden Euro bedienen, darf die SPÖ unter Marterbauer, Schuhmann und Babler zur Beschwichtigung ausrücken. Der Finanzminister erklärt uns lächelnd: „Wir müssen uns nach der Decke strecken“ (Kurier, 24.5.2026), dass das Budget nicht mehr hergebe.

## Wer bestimmt, wie lange die Decke ist?

Industriellenvereinigung, Wirtschaftskammer, Großbauernvertreter oder das ÖVP-Tanner-Militär, das in unterwürfig vorauseilendem Gehorsam den Kriegsaufrüstungs-Plänen von EU, Deutschland und NATO folgt – entgegen der immerwährenden Neutralität Österreichs. Während in den beiden kommenden Jahren über 5 Milliarden Euro bei der Bevölkerung „eingespart“ werden sollen, bekommt das Bundesheer bis 2032 laut „Aufbauplan“ des Bundesheeres und mit dem OK aller Regierungsparteien 17 Milliarden Euro. Auch der Kauf neuer Kampffjets (statt der Eurofighter) steht im Koalitionsabkommen – dafür soll es ein Sonderbudget geben: Kostenpunkt 10 Milliarden Euro. Für das NATO-Deutschland Sky-Shield-Raketenprojekt sind schon die Kurz- und Mittelstreckenraketen im Budget 2027/28 fix vorgesehen. Das gesamte Sky-Shield-Projekt für Österreich macht rund 7 Milliarden Euro aus (Standard, 6.5.2026).

Anti-Neutralitäts-ÖVP-Kriegsministerin Tanner hat schon im Oktober 2025 ein weiteres Sonderbudget von 4 Milliarden Euro für Sky-Shield-Langstreckenraketen (2.500 Kilometer Reichweite) verlangt. Sie sei diesbezüglich in einem guten Austausch mit SPÖ-Finanzminister Marterbauer (<https://orf.at/stories/3408928>, 19.10.2025). Das hat nichts mit Schutz der immerwährenden Neutralität zu tun, im Gegenteil: Das ist die Einbindung Österreichs in die NATO-Deutschland-Kriegspläne gegen Russland. Das ist eindeutig neutralitätswidrig! Die SPÖ stimmte diesen neutralitätswidrigen Raketen-Beschaffungen im Koalitionsabkommen zu. Brav und wohl ganz im Sinne von ÖVP-Tanner fuhr dann SPÖ-Marterbauer nach Brüssel, um die EU-Kriegsaufrüstung-„Ausweichklausel“ zu aktivieren. Diese erlaubt, trotz EU-Defizitverfahren, in dem sich Österreich befindet, dass bis zu 1,5 Prozent der Wirtschaftsleistung in Verteidigungsausgaben fließen, ohne von der EU dafür sanktioniert zu werden (<https://militaeraktuell.at/marterbauer-bundesheer-nationale-ausweichklausel/>, 19.2.2026).

Zu den weiteren milliarden schweren ÖVP-Tanner-Militär-Forderungen schweigt die SPÖ. Und die NEOS? Die reden zwar von „EU-Armee“, wohl wissend, dass die meisten EU-Länder, insbesondere Sky-Shield-Deutschland, NATO-Länder sind. Auf Kriegskurs an der Seite von EU/NATO/Deutschland sind alle

Regierungsparteien – und zuvor in der letzten Regierung auch die Grünen. Die Wirtschaft und die Industrie jubeln und hoffen auf Rüstungs-Zuliefer-Aufträge. AK und ÖGB schweigen, weil auch sie auf (Rüstungs-)Arbeitsplätze hoffen und bauen – eine tödliche Hoffnung. Auch die FPÖ jubelt über die Rüstungsaufträge an die Industrie. Die FPÖ, die nie für die Neutralität Österreichs war, tut in der Opposition so als wäre sie jetzt für die Neutralität. Doch noch in der Regierung mit der ÖVP von 2017 bis 2019 machte die FPÖ aktiv mit ihrem Verteidigungsminister Kunasek (jetzt steirischer Landeshauptmann) an der EU-PESCO-Aufrüstung mit. Die damalige deutsche Kanzlerin Merkel bezeichnete EU-PESCO als den „europäischen Teil der NATO“ (Podcast 19.11.2019, bzw. Wiener Zeitung, 18.8.2020; <https://www.wienerzeitung.at/h/von-osterreich-geht-keine-kriegsgefahr-aus>). Dagegen hat die FPÖ (bis heute) nicht rebelliert.

## „Budgetnot“-Propaganda

Von alledem lenkt die mediale „Budgetnot“-Propaganda ab. Zunächst hieß es noch, dass in den Jahren 2027/2028 rund 2,5 Milliarden Euro eingespart werden müssen. Geworden sind es über 5 Milliarden Euro, die die Regierung bei den Menschen abkassiert. Der Grund: Weil die Unternehmen und Konzerne mit Hilfe ihre Parteien, ÖVP und NEOS, die von ihnen schon lange lobbyierte „Lohnnebenkostensenkung“ von rund 2 Milliarden Euro bekommen. Das bedeutet die Teilplünderung des Familienlastenausgleichsfonds (FLAF). Bezahlt soll der Ausfall aus dem Budget werden, also von der Masse der arbeitenden Menschen, die zu 80% das Budget finanzieren. Aha! „Sparen“ sei doch angesagt! Aber wenn's um die Profite der Industrie geht, dann spurt die Regierung. Dazu kommt noch eine dreiviertel Milliarde Euro direkte Strompreisvergütung für die Industrie. Bei den Bauern wird weiterhin der Einheitswert als Basis der Einkommenssteuerberechnung (seit 50 Jahren!) nicht erhöht, womit die Bauern im Schnitt nur rund 2% (!) Einkommensteuer im Jahr bezahlen. Arbeiter, Angestellte, Lehrlinge, Pensionisten, studierende Arbeitende usw. zahlen hingegen rund 30% Lohnsteuer. 500 der super-reichsten Österreicher besitzen 40% des Finanzvermögens (Kurier, 27.5.2026).

Völlig ausgeblendet wird: Schon zu Coronazeiten haben eine Million Kurzarbeitende 20% ihres Einkommens verloren, die damals rund 500.000 Arbeitslosen 45% ihres Einkommens. Die Unternehmen und Konzerne erhielten hingegen Corona-„Hilfen“ in Höhe von 57 Milliarden Euro. Wer hat also das Budgetdefizit verursacht?

## Die Regierung spricht von „Entlastung“ der Bevölkerung

Die neue Strompreispbremse für die Bevölkerung bringt nichts, weil sie so ausgestaltet ist, dass sie kaum zur Anwendung kommen wird. Die Spritpreispbremse, soweit sie überhaupt wirklich wirkte, weil kaum echt zu kontrollieren war, zahlen wir uns zur Hälfte (weil aus der Mehrwertsteuer finanziert) selbst. Und die Neuauflage bis Ende August streicht überhaupt den Anteil der Ölkonzerne. Der Spritpreis bleibt oben die Konzerne machen weiter ungehindert ihre Profite. Die Mietpreispbremse kam zu spät und wirkt kaum, weil die Betriebskosten oft weit mehr als die Hälfte der Grundmiete ausmachen und mit der Inflation und darüber von den Hausherrn angehoben werden.

Die Mehrwertsteuersenkung auf Lebensmittel wird durch die Paketabgabe aufgehoben.

### **Noch mehr Belastungen für die Masse der Bevölkerung**

550 Millionen weitere Pensionskürzungen pro Jahr. Zum Vergleich: Die Bankenabgabe beträgt ab 2027 rund 200 Millionen Euro im Jahr. Allein 2025 machten die Banken einen Rekordgewinn von 11,8 Milliarden Euro, im ersten Quartal 2026 bereits 2 Milliarden Euro (Momentum Institut, 25.5.2026).

Älteren Arbeitern und Angestellten ab 60 wird von den Unternehmern mehr für den FLAG abgezogen – in Summe rund 400 Millionen Euro. Eine Reihe von AMS-Leistungen wie Eingliederungshilfen für Langzeitarbeitslose werden gestrichen (ca. 100 Millionen Euro). Weiters werden die Beiträge von Teilzeitkräften und Niedrigverdienern in die Arbeitslosenversicherung angehoben, was 230 Millionen Euro 2027 und 350 Millionen Euro ab 2028 auf Kosten der Wenigverdienenden ins Budget spült (Standard, 20.5.2026).

Es ist eine verkehrte Welt. Normal kritisieren ÖGB und AK die Regierung und reden von „sozialer Schieflage, wenn es zu solchen Belastungen kommt. Diesmal sieht die AK beschönigend „Licht und Schatten“ (AK. 17.4.2026). Ausgerechnet der Neoliberale Holger Bonin vom IHS ist es jetzt, der feststellt, dass vom Doppelbudget 2027/2028 kleine Gehälter stärker betroffen sind und es sich um eine soziale

Schieflage handelt. Beschäftigte mit 1.600 Euro Bruttolohn verlieren 636 Euro jährlich, bei 2.600 Euro sind es 723 Euro Minus im Jahr. Wer 11.000 Euro brutto verdient wird nur mit 284 Euro belastet. Betroffen von den Kürzungen sind rund 1,3 Millionen Menschen (Kronen-Zeitung, 9.5.2026).

Aber der IHS-Chef wäre nicht der, der er ist, wenn er, der die Kürzungen zuvor ausdrücklich verlangte und noch mehr davon, jetzt die Sozialpartner aufruft, die Lohnnebenkostensenkung für die Unternehmer ab 2028 als neuen Verhandlungsspielraum für die KV-Verhandlungen zu nutzen. Womit der IHS-Chef gleichzeitig auch die Unternehmer entlarvt. Diese hatten nämlich vor der nun fixierten Lohnnebenkostensenkung versprochen, dass die Arbeiter und Angestellten das im Geldbörstel spüren werden. Dann bräuchte es ja keine extra KV-Verhandlungen bloß dafür. Die frühere Erfahrung mit Kürzungen der Lohnnebenkosten haben gezeigt, dass die Unternehmer nichts davon an die Beschäftigten weitergaben.

**Noch mehr Kürzungen bei der Bevölkerung, aber Milliarden für Industrie, Konzerne und Kriegsausrüstung. Wann stehen ÖGB, AK und SPÖ endlich auf und rufen - wie bei den Unis - zu Protest und - wie bei den KV-Runden - zu Streiks auf. Eine andere Sprache verstehen die Konzerne, Industriellenvereinigung, Wirtschaftskammer und die ihnen gefällige Regierung nicht!**

---

## **Massiver Angriff der Regierung auf die Neutralität**

Weil 80% bis 90% der Österreicher:innen für die immerwährende Neutralität sind, müssen die Herrschenden immer mehr lügen. Eines ihrer Sprachrohre ist der selbsternannte „Militäranalyst“ Stefan Gady. Bezahlt wird er nicht nur von diversen Kriegs-Rüstungs-Think-Tanks wie International Institute for Strategic Studies (IISS) oder Center for New American Security in Washington, sondern auch von diversen Regierungen – auch die österreichische „berät“ er. Gady behauptet, Österreich wäre wegen seiner geographischen Lage russisches Angriffsziel. Österreich wird in den Krieg hineingezogen, weil hier die Nachschub-Routen der NATO verlaufen (Profil, 27.5.2026).

Das ist nicht nur Panikmache, das entlarvt die Machenschaften der Regierung. Sein Szenario geht davon aus, dass Österreichs Regierung und Militär einen NATO-Durchmarsch billigen. Tatsächlich gibt es diese Pläne im Militär. So will Bundesheer-Generalmajor Vartok Österreich der NATO als Durchmarschgebiet zur Verfügung stellen ([https://prosv.at/wp-content/uploads/2025/11/Interview-mit-Generalmajor-Vartok\\_Presse\\_11.11.2025.pdf](https://prosv.at/wp-content/uploads/2025/11/Interview-mit-Generalmajor-Vartok_Presse_11.11.2025.pdf)). Jedoch genau das gilt es als immerwährend neutraler Staat nicht zu gewähren und konsequent abzuwehren. Dazu ist das Bundesheer eines neutralen Staates da: Verteidigung der Neutralität gegen Ost und West, nicht auf einer Seite mitmachen! Dann hätte Russland keinen Grund, Österreichs Transitrouten und Infrastruktur anzugreifen und zu zerstören. Stellt Österreich sich der NATO als Durchmarschgebiet zur Verfügung, macht es sich zum Angriffsziel.

Doch die Regierung mit Tanner, Stocker und Meinel-Reisinger tut gerade dies. Kanzler Stocker plappert Gady nach und setzt eins drauf: „**Österreich ist am Schnittpunkt von Verkehrswegen durch Europa. Damit werden wir im Konfliktfall automatisch zum Ziel**“ (Kronen-Zeitung, 17.5.2026, Hervorhebung d. d. Redaktion). Es sind nicht die Transitrouten, die uns „automatisch“ zum Ziel machen, sondern die zur Verfügungstellung dieser Routen für EU- und oder NATO-Kriegstruppen! Die Außenministerin wiederum erklärt, innerhalb der EU gibt es keine Neutralität und sie will das EU-Einstimmigkeitsprinzip aufheben, damit Österreich bei EU/NATO-Kriegen formal zum Mitmachen gezwungen werden kann. Derzeit hat Österreich ein Vetorecht. Es muss es nur nutzen! Und Österreich hat die „Irische Klausel“ (Neutralitätsvorbehalt) im EU-Vertrag. Auch diese muss man nur nutzen. Das Bundesheer ist auf die immerwährende Neutralität vereidigt. Die Regierung muss die Militärs darauf verpflichten und alle Zuwiderhandelnden ihrer Posten entheben. Wenn sie das nicht tut, macht sie sich mitschuldig am neuerlichen Hineinziehen Österreichs in Kriege der Großmächte an Deutschlands Seite.

---

## **#UnisRetten - JA! Und wo bleiben die anderen?**

Zehntausende Studierende und unterstützende Menschen in ganz Österreich gingen gegen geplante Kürzungen auf die Straße. Allein an der Demonstration am 27. Mai vor dem Hauptgebäude der Universität Wien nahmen 28.000 Menschen teil. Aufgerufen dazu hatten die Unis, die ÖH und einzelne ÖGB-Gewerkschaften. Sparen bei den Unis heißt in ein paar

Jahren auch weniger Ärzte, weniger Gesundheitsversorgung, weniger Lehrer, weniger Bildung.

**Warum rufen ÖGB oder oder die Pensionistenverbände, die zusammen 3,6 Millionen Arbeitende vertreten, nicht gegen die massiven Kürzungspläne der Regierung zu Demos und Streiks auf. Brav versprechen die Gewerkschaften, sie holen sich das bei den KV-Runden zurück. Doch allein die jetzigen Abschlüsse sind unter der Inflation, die bereits wieder 3,7% beträgt. Und die Kürzungen ab 2027 sind da noch nicht berücksichtigt!**

## Zum Nachschauen und Weiterverbreiten

# VIDEO von der Podiumsdiskussion: 40 Jahre AKW-Super-GAU in Tschernobyl

### Kurz-Statements:

Prof. Dr. Helga Kromp-Kolb: <https://www.youtube.com/watch?v=7H6oQBH25Bg&t=6s>

Prof. Dr. Nikolaus Müllner: <https://www.youtube.com/watch?v=rrubnCPa5UA&t=74s>

Dr. Wilfried Leisch: <https://www.youtube.com/watch?v=RO-9vPH4wD8&t=4s>

### Die gesamte Podiumsdiskussion:

<https://www.youtube.com/watch?v=GDW3CcSKCcl>



(v.l.n.r.: Dr. Wilfried Leisch, Dr. Nikolaus Müllner, Prof. Dr. Helga Kromp-Kolb) \* Eröffnug: Prof. Dipl.-Ing. Dr.techn. Hermann Knoflacher

**Verbreiten Sie bitte unsere VIDEOS sowie Flugblätter, Einladungen und die Artikel zum Thema bzw. unsere Zeitung (siehe Homepage). Das ist ein Beitrag gegen die mediale Kriegshetze, für Demokratie, Sozialstaat, Neutralität und Frieden.**

### *Liebe Kolleginnen und Kollegen!*

**Wir danken** für die Zusendungen und Spenden, die wir im Sinne unserer gemeinsamen Sache auch weiterhin benötigen! Auftreten gegen: Wirtschaftskrise, Ausbeutung, Unterdrückung, Militarisierung, Atomrüstung, AKWs, Krieg, Umwelt- und Klimazerstörung usw. Eintreten für Sozialstaat, Demokratie, Frieden, Neutralität, Natur-, Umwelt- und Klimaschutz.

**Nur gemeinsam können wir eine bessere Zukunft erreichen.**

Von keiner Firma, Partei oder Gewerkschaftsfraktion abhängig, ist unser Auftreten nur durch ehrenamtlichen Einsatz und durch Spenden unserer LeserInnen und Aktivistinnen und Aktivistinnen möglich! Alle, die unsere Auffassungen teilen, laden wir herzlichst zur aktiven Mitarbeit ein.

*Mit kollegialen Grüßen – das Redaktionsteam*

### **Spendenkonto bei der BAWAG P.S.K.**

**IBAN: AT19 6000 0101 1022 7650**

**BIC: BAWAATWW**

**Empfänger: Gewerkschafter gegen Atomenergie**

**Verwendungszweck: Spende**

**Impressum:** Medieninhaber, Herausgeber, Druck und Redaktion: Gewerkschafter gegen Atomenergie, Stiftgasse 8, 1070 Wien. ZVR 100322133

**Offenlegung** nach § 25 Mediengesetz: Medieninhaber (Verleger) der periodischen Druckschrift "Gewerkschafter gegen Atomenergie" ist zu 100% der gleichnamige Verein, Stiftgasse 8, 1070 Wien. Vorstand: W. Leisch, H. Schriffl, P. Düringer.

Österreichische Post AG

**SM 20Z042140 S**

Gewerkschafter gegen Atomenergie

Stiftgasse 8, 1070 Wien

Datenschutzerklärung siehe:

[www.atomgegner.at/datenschutzerklaerung-impressum](http://www.atomgegner.at/datenschutzerklaerung-impressum)



Zeitung nach dem Lesen an Interessierte weitergeben und/oder weitere Exemplare anfordern:

[solidaritaet@gmx.at](mailto:solidaritaet@gmx.at)